



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche DepressionsLiga e. V.

Aktuell seit 11.08.2026 13:10:07

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R006194
Ersteintrag:	18.08.2023
Letzte Änderung:	11.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Oppelner Straße 130 53119 Bonn Deutschland Telefonnummer: +4922824065772 E-Mail-Adressen: kontakt@depressionsliga.de Webseiten: <u>www.depressionsliga.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Ute Trescher**
Funktion: Stellvertretende Vorstandsvorsitzende
2. **Michael Bergmann**
Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Waltraud Rinke**
2. **Oliver Vorthmann**
3. **Dagmar Siewertsen**
4. **Ute Trescher**
5. **Michael Bergmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

2.715 Mitglieder am 23.06.2026, davon:

2.713 natürliche Personen

2 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. BAG Selbsthilfe - Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.
2. Aktionsbündnis seelische Gesundheit
3. Bundesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit (NetzG)
4. Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland (NaSPro)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Rechte von Menschen mit Behinderung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Krankenversicherung; Pflegeversicherung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Auf Basis der Vision und Mission des Vereins, s. auch <https://depressionsliga.de/ueber-uns/#vision-und-mission>, finden folgende Tätigkeiten statt:

Direkte Kontaktaufnahme: Anschreiben von Politikern oder Regierungsvertretern.

Öffentlichkeitsarbeit: Kampagnen oder Medienarbeit zur Situation von Menschen mit

Depressionen in der Gesellschaft und Arbeitswelt, zur Forderung einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung und Unterstützung, z. B. Kampagne "22 Wochen warten", diverse Petitionen.

Veranstaltungen und Informationsaustausch: Organisation von Veranstaltungen, bei denen Politiker, Beamte oder andere Entscheidungsträger eingeladen werden, um Informationen auszutauschen oder zu diskutieren, z. B. Patientenkongress.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Verkürzung der Wartezeiten auf einen ambulanten Therapieplatz für Menschen mit Depressionen

Beschreibung:

Wir setzen uns für die Verkürzung der Wartezeiten auf einen ambulanten Therapieplatz für Menschen mit Depressionen ein. Ziel ist es, durch Anpassungen in der Bedarfsplanung und Schaffung zusätzlicher Kassensitze eine schnellere und flächendeckende Versorgung sicherzustellen und somit die Lebensqualität und Gesundheitsversorgung von Betroffenen nachhaltig zu steigern. Unsere Aktivitäten umfassen die Einreichung einer Petition im Deutschen Bundestag sowie die Zusammenarbeit mit verschiedenen politischen Akteuren zur Unterstützung notwendiger Gesetzesänderungen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8860 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/4827 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5106 (Vorgang) [alle RV hierzu]

auf die Kleine Anfrage - Drucksache 20/4827 - Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PsychKVVerbG [alle RV hierzu]; PsychThG 2020 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

2. Nationale Suizidpräventionsstrategie und gesetzliche Verankerung der Suizidprävention

Beschreibung:

Unser Ziel ist die Einführung einer umfassenden Nationalen Suizidpräventionsstrategie in Deutschland sowie die Verabschiedung eines Suizidpräventionsgesetzes. Wir setzen uns für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ein, das auch die Option des assistierten Suizids umfasst. Besonders wichtig ist uns dabei, dass dies durch ein umfassendes Schutzkonzept begleitet wird, das sicherstellt, dass Menschen in Krisensituationen die notwendige Unterstützung erhalten. Daher fordern wir verbindliche Regelungen sowohl zur Suizidprävention als auch zum assistierten Suizid, um den Schutz für Betroffene in Krisen zu gewährleisten und gleichzeitig ihr Recht auf Selbstbestimmung zu wahren.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7630 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Suizidprävention stärken

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/1121 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Suizidprävention stärken und selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608110010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. **Rücknahme der durch das 13. Gesetz zur Änderung des SGB II geplanten Verschärfungen in der Grundsicherung**

Beschreibung:

- Verzicht auf Regelungen, die psychisch erkrankte Menschen strukturell unter Druck setzen oder implizit verdächtigen.
- Schutz der Wohnsicherheit und Streichung der Vermieterträge als Voraussetzung der Kostenübernahme.
- Sozialpolitik, die Stabilität, Vertrauen und psychosoziale Unterstützung stärkt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3541 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602240026 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

110.001 bis 120.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

50.001 bis 60.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Bilanz_GuV2025_final.pdf